



Medienmitteilung 41. CSD Berlin
20. Juni 2019

CSD Berlin gibt Forderungen aus dem CSD Forum bekannt

Innerhalb des basisdemokratischen CSD-Berlin-Forums haben drei Arbeitsgruppen in zwei Sitzungen sechs zentrale CSD-Forderungen für 2019 beschlossen. Diese umfassen Themen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene und richten sich nicht nur an die Politik, sondern nehmen alle Gesellschaftsschichten in die Pflicht für eine gleichberechtigte Zukunft. Begleitet werden die Forderungen von Pat*innen, die aus ihrer Arbeits- und Lebenssicht Stellung zu den diesjährigen Forderungen nehmen. Darunter sind langjährige Begleiter*innen und Vereine im Kampf für LSBTIQ*-Rechte. Zu den Aktivist*innen gehören Ilona Bubeck, Tarik Tesfu, die AG Schwule Lehrer in der GEW Berlin und der Orden der Schwestern der Perpetuellen Indulgenz (OSPI). Dieser ist Teil der internationalen Sisters of Perpetual Indulgence, die 1982 die weltweit erste Safer Sex-Broschüre herausbrachten.

Forderungen Regional

Erstes inklusives Wohn- und Kulturzentrum für Lesben in Berlin - JETZT!
Patin: Jutta Brambach, Geschäftsführerin RuT e.V.

Wir fordern ein professionelles Diversity-Management für die Mitarbeiter*innen der Berliner Verwaltung und in den kommunalen Unternehmen!
Patenschaft: AG Schwule Lehrer in der GEW Berlin

Forderungen National

Bleiberecht für alle bedrohten LSBTIQ*
Patin: Aileen Kakavand, Projektleitung MILES

Aktiv gegen Rechts!

Pate: Tarik Tesfu, Feminist! Content Creator! Gutmensch! Jäger & Sammler



Forderungen International
Zur Hölle mit dem Patriarchat!
Patin: Ilona Bubeck, Gründerin Querverlag

Stigmatisierung und Ausgrenzung HIV-positiver Menschen stoppen!
Patenschaft: Orden der Schwestern der Perpetuellen Indulgenz – Haus Sankta Melitta Iuvenis e.V.

Die Forderungen sind auf den Folgeseiten mit Begründungen und Zitaten ausführlich erläutert.

Forderung Regional
Erstes inklusives Wohn- und Kulturzentrum für Lesben in Berlin - JETZT!

Begründung: Seit Jahren kämpft das Beratungs- und Kulturzentrum RuT (Rad und Tat. Offene Initiative lesbischer Frauen e.V.) für ein inklusives gemeinschaftliches Wohnprojekt – ein Wohn-, Beratungs- und Kulturzentrum für Frauen/Lesben in dieser Stadt. Dabei geht es um mehr als „Schöner wohnen“. Das Haus mit ca. 70 Bewohnerinnen soll ein sicherer Lebensort frei von Diskriminierungen für frauenliebende Frauen jeden Alters, jeder Herkunft, jeder Kultur, mit oder ohne Behinderungen, mit oder ohne Kinder sein. Vielfältig und bunt eben, wie lesbische Lebensgeschichten sind. Die Politik ist gefordert! Wir erinnern: „Die Koalition wird dafür sorgen, dass lesbische Projekte nicht im Hintergrund bleiben und lesbische Sichtbarkeit erhöhen“. Nachzulesen in der Koalitionsvereinbarung auf S. 105. Wohlan! Wenn lesbische Projekte nicht im Hintergrund bleiben sollen, ist es Zeit, sie in den Vordergrund zu rücken. Jetzt! Wenn es darum geht, lesbische Sichtbarkeit zu erhöhen, gibt es viele Wege. Einer davon ist die Realisierung des Projekts RuT – FrauenKultur & Wohnen. Wann, wenn nicht jetzt? Und noch etwas: Genauso wenig wie ein Auto ohne Benzin startet, kann ein Projekt ohne Geld auf den Weg gebracht werden. Dafür werden finanzielle Mittel gebraucht. Jetzt! Sofort!

Jutta Brambach, Geschäftsführerin RuT e.V.: "Wir geben nicht auf! Es geht weiter mit dem RuT-Lesbenwohnprojekt: ein Grundstück haben wir nicht bekommen, aber wir wollen nun gemeinsam mit einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft das Projekt in Berlin-Mitte Wirklichkeit werden lassen. Sicher ist allerdings noch nichts. Die Lotto-Stiftung muss unserem Antrag erst zustimmen. Und wir brauchen dringend finanzielle Mittel als Voraussetzung für den Aufbau. Es gibt also noch viel zu tun! Wir brauchen ein Wohnprojekt, weil es sich gemeinsam, bezahlbar und ohne Diskriminierung besser leben und alt werden lässt. BERLIN braucht ein Wohnprojekt für Lesben, weil zur Vielfalt in der Stadt lesbische Sichtbarkeit und Orte für Lesben gehören. Weil wir ein politisches Signal für die Teilhabe von Lesben setzen wollen."



Forderung Regional

Ein professionelles Diversity-Management für die Mitarbeiter*innen der Berliner Verwaltung und in den kommunalen Unternehmen

Begründung: Die Senatsverwaltung Berlin arbeitet an der Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ (IGSV). Wesentliche Dimensionen queerer Lebenswirklichkeit werden dort mit konkreten Handlungszielen hinterlegt. Für den Wandel in der städtischen Verwaltung und den städtisch geführten Unternehmen hin zu mehr Inklusion und Diversität gibt es noch keine konkreten Vorstellungen. Es heißt vielmehr, dass es sich unter anderem um eine Diversity-Gesamtstrategie für das Land Berlin handele, die verbindliche Ziele und Verfahrensschritte für die Berliner Verwaltung festschreibt. Aber welche?

Viele queere Menschen sind Mitarbeiter*innen in der Senatsverwaltung, den Bezirksverwaltungen und städtischen Berliner Unternehmen. Auch sie verdienen Respekt, auch ihren Anliegen ist zu entsprechen. Berufstätige verbringen in der Regel täglich acht Stunden am Arbeitsplatz, sehen die Kolleg*innen oft länger als die Liebsten zu Hause. Die große Mehrzahl queerer Arbeitnehmer*innen hat Diskriminierungserfahrungen am Arbeitsplatz machen müssen. Und das auch in Berlin.

Wir erwarten, dass die Senatsverwaltung hierzu schnellstmöglich umsetzbare Programmziele zu LSBTIQ*-Diversität und Inklusion im Verwaltungshandeln entwickelt. Wesentlicher Bestandteil einer zeitgemäßen Stadtverwaltung ist ein Diversity-Management, das auch queere Menschen mitdenkt, das queeren Menschen ihren Platz bei der

- Mitarbeiter*innengewinnung
- Mitarbeiter*innenbindung
- Mitarbeiter*innenfort- und Weiterbildung
- Fortentwicklung der Führungskultur
- Personalentwicklung und Karriereförderung
- Kund*innenansprache und Zielgruppenwerbung
- Entwicklung von sicheren Arbeitsplätzen

einräumt. Berlin als Arbeitgeber*in muss sich auch zum Ziel machen, Mitarbeiter*innen bei ihrem Coming out als LSBTIQ* oder einer Transition zu unterstützen. Wir wünschen uns, dass Berlin Vorreiterin unter den europäischen Metropolen wird, was Inklusion und Diversität auch in der Verwaltung angeht. Wir wünschen uns, dass die öffentlichen Unternehmen Berlins beispielgebend sind für eine auf Vielfältigkeit gegründete Unternehmenskultur.

AG Schwule Lehrer in der GEW Berlin: "Auch in der Schule und im Unterricht muss für ein Klima gesorgt werden, in welchem Lehrkräfte und Schüler*innen offen LSBTIQ* leben können. Dafür braucht



es beständige, positiv besetzte und gleichberechtigte Sichtbarkeit, Rückhalt und Bestärkung durch die Schulverwaltung sowie eines vehementen Einschreitens bei Diskriminierungen.“

Forderung National Bleiberecht für alle bedrohten LSBTIQ*

Begründung: Menschen der LSBTIQ*- Community werden noch immer in vielen Ländern der Welt gesellschaftlich, politisch oder religiös verfolgt. Leider droht diesen Menschen beim Antrag auf Asyl in Deutschland sehr häufig die Ablehnung. Zumeist erfolgt die Ablehnung begründet durch aktuelle Richtlinien für definierte „Sichere Herkunftsstaaten“, aber auch durch extrem fragwürdige Bewertungen und Aussagen zuständiger Beamt*innen und Behörden. Der Gesetzgeber sowie die angebotenen Behörden und Ämter müssen ihrer Aufgabe wieder gerecht werden und die Genfer Konvention umsetzen. Eine Einzelfallbetrachtung, sowie geeignete und neutrale Dolmetscher*innen und geschulte Entscheider*innen („Sonderbeauftragte“) sind immer notwendig. Wir fordern eine Anerkennung der Asylantragsteller*innen als „Asylberechtigte“ im Sinne des Art. 16a Abs. 1 GG oder als „Flüchtling“ §§ 3 Abs 1 AsylG und §§ 1 Abs. 1 AufenthG. Kein Land darf als „Sicheres Herkunftsland“ gelten, wenn in diesem Menschenrechte mit Füßen getreten werden – weder Marokko, Tunesien, Uganda, Georgien, noch ein anderes Land in dem LSBTIQ* nicht sicher sind. Wir fordern einen vorläufigen Stopp für die Festlegung neuer sicherer Herkunftsstaaten sowie eine Überarbeitung der bestehenden Richtlinien mit Blick auf die Situation dieser Menschen und die ihnen drohenden Gefahren bei Ablehnung des Asylantrages oder gar der direkten Abschiebung durch deutsche Behörden.

Aileen Kakavand, Projektleitung MILES: "Ein Großteil der LSBTIQ*, die in Deutschland Schutz suchen, werden vom BAMF mangels "Glaubhaftigkeit" oder wegen Herkunft aus einem "sicheren Land" abgelehnt. Im westlichen Kulturkreis verbreitete Stereotype über queere Menschen werden wie Schablonen auf die Personen gelegt, um ihnen dann ihre sexuelle oder geschlechtliche Identität abzusprechen, wenn sie diesen nicht entsprechen. Länder, in denen LSBTIQ* keine gesellschaftliche und politische Teilhabe haben, in denen das Ausleben ihrer Identität zu Geldstrafen, Auspeitschungen, Haft oder Todesstrafe führen kann und in denen Mitbürger*innen ungestraft Gewalt an LSBTIQ* üben dürfen, sind KEINE sicheren Herkunftsländer. Neben Gesetzestexten muss auch die reale Situation in den Ländern mitgedacht und ernstgenommen werden. Weitere verstärkte Schulungen der Entscheider*innen und ein Bleiberecht für alle bedrohten und verfolgten LSBTIQ* sind dringend notwendig."



Forderung National Aktiv gegen Rechts!

Begründung: Wir wollen nicht durch ultrakonservative oder radikale rechte politische Einstellungen in unserer Freiheit, Vielfalt und unseren Menschenrechten eingeschränkt werden. Hassreden, Diskriminierungen im Internet und auf der Straße dürfen nicht länger toleriert werden. Eine radikale rückwärtsgewandte Politik sollte unbedingt verhindert werden. Wir als LSBTIQ*-Community sowie die Mehrheitsgesellschaft dürfen diese Entwicklung nicht länger hinnehmen. Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, diese Gefahr zu bekämpfen – auch Du!

Großereignisse, wie die deutschlandweiten Demonstrationen zum CSD, „#Wir sind mehr“ oder die „Unteilbar-Demo“ sind extrem wichtig. Es ist sichtbar, wie groß der breite Konsens zu einem freien und respektvollen Miteinander ist. Diese Solidarität und kraftvolle Unterstützung brauchen auch vor allem Mitglieder der Community, die sich in großen und kleinen Städten rechtsextremen Aktivist*innen und deren Wähler*innen mit einem positiven und menschlichen Weltbild entgegenstellen!

Tarik Tesfu, Moderator, Feminist, Host bei Jäger & Sammler: "Sich aktiv zu positionieren bedeutet auch, wir müssen in allen Communitys offen über Rassismen sprechen, auch innerhalb der LSBTIQ*-Community. Wer sich links positioniert, sollte nicht davon ausgehen, dass er_sie damit automatisch vor Rassismus gefeit ist. Rassismus beginnt nicht damit, das Kreuz bei der AfD zu machen. Rassismus ist ein strukturelles Problem. Wir dürfen dieses Thema nicht outsourcen und sollten auch über eigene Rassismen reden, ansonsten ist Aktiv gegen Rechts für mich nur eine Phrase. Ausgrenzung spiegelt sich in ganz alltäglichen Verhaltensweisen wider, auch innerhalb der LSBTIQ*-Community oder in rein feministischen Bewegungen. Wir alle verhalten uns rassistisch, auch ich leider."

Forderung Universell Zur Hölle mit dem Patriarchat!

Begründung: Das Patriarchat wirkt durch sexistische Normen und Gewohnheiten, die Männer bevorzugen und Frauen ausgrenzen (Trans* inklusive). Wenngleich historisch und kulturell unterschiedlich gewachsen, sichert das Patriarchat bis heute weltweit gesellschaftliche Machtstrukturen, die Männer privilegieren, Frauen in abhängigen Rollen halten und die jeweiligen ökonomischen Machtverhältnisse stabilisieren. Es fußt auf teilweise unterschiedlich definierten, aber immer binären Geschlechterstereotypen nach denen alles, was als weiblich gilt, Abwertung und Verachtung erfährt, während all das, was als männlich gilt, als erstrebenswert idealisiert wird.



Solche binären Stereotype sind sexistisch und beschneiden alle Menschen, egal welchen Geschlechts. Sie werden über Erziehung, Medien, Kunst, Religion, gesellschaftliche Praxis, kulturelle Narrative und traditionelle Wertesysteme weitergegeben. Allgegenwärtig und oft unbemerkt beschränken sie unser Denken, unser Selbstverständnis und unser Handeln und Fühlen und hindern uns alle an der vollen Entfaltung unserer menschlichen Möglichkeiten. Wie eine sich selbst erfüllende Prophezeiung führen die sexistischen Stereotype des Patriarchats dazu, dass alle Geschlechter sich primär an Männern orientieren und Männern mehr Vertrauen schenken als Frauen. Sie führen dazu, dass Männer einander eher respektieren und Seilschaften bilden, während Frauen sogar sich selbst und ihresgleichen eher verachten.

Es wird Zeit, diesen Fluch zu brechen. Es wird Zeit, Frauen zu fördern und sich mit ihnen zu verbünden - besonders über die Barrieren hinweg, in denen sich Herkunft, Alter, Hautfarbe, Bildung, Religion, Besitz, sexuelle Orientierung, geschlechtliche Identität und andere Unterschiede verweben. Es wird Zeit, dass Frauen überall gleichen Zugang zu Ressourcen und gleiche Rechte haben. Es wird Zeit, dass wir unsinnige Geschlechterrollen abschütteln, dass Frauen zornig und Männer zart sein dürfen und dass alles, was bisher als männlich und weiblich getrennt wurde, schlicht als menschliches Potential aller Geschlechter verstanden wird. Es wird Zeit, dass wir uns von binären Stereotypen und den Fesseln des Sexismus befreien. Zur Hölle mit dem Patriarchat!

Ilona Bubeck, Gründerin Querverlag: "Wir haben das Patriarchat erst besiegt, wenn alle Frauen überall auf der Welt frei sind, und davon profitieren alle. Patriarchale Strukturen und Geschlechterverhältnisse verändern wir nicht durch Identitätspolitik, sondern durch einen leidenschaftlichen Feminismus, der die neoliberale Politik, religiösen Fundamentalismus und Sexismus bekämpft."

Forderung International
Stigmatisierung und Ausgrenzung HIV-positiver Menschen stoppen! Informieren statt
Diskriminieren! Leben mit HIV – ganz normal!

Begründung: Mangelnde Information führt zu Diskriminierung und Ausgrenzung. Nur rund 10 % der Allgemeinbevölkerung wissen, dass HIV-positive Menschen unter funktionierender HIV-Therapie nicht infektiös sind und eine Weitergabe des Virus damit nicht mehr möglich ist. HIV-positive Menschen werden mit Vorurteilen konfrontiert und ausgegrenzt. Dies führt dazu, dass sich Menschen gar nicht erst trauen einen HIV-Test zu machen aus Angst, nach einem positiven Ergebnis stigmatisiert zu werden.



Dagegen gehen wir gemeinsam auf die Straße:

- für eine breite Aufklärung
- für ein breites Gesundheitswissen
- für ein vorurteilsfreies Miteinander

Null Stigmatisierung ist das Ziel, das wir als Gesellschaft gemeinsam erreichen können.

Orden der Schwestern der Perpetuellen Indulgenz – Haus Sankta Melitta Iuvenis e. V.:

„HIV-Positive unter funktionierender ART (antiretroviraler Therapie) sind die sichersten Sexualpartner, da sie das Virus nicht übertragen können und engmaschig auf andere STIs (sexuell übertragbare Infektionen) untersucht werden. Dennoch leiden HIV-positive Menschen viel häufiger als die Allgemeinbevölkerung unter Depressionen, hervorgerufen durch Stigmatisierung und Ausgrenzung. Das Stigma der „Virenschleuder“ schadet der Gesundheit der Betroffenen und verhindert einen offenen Umgang miteinander. Und es steht dem Ziel „kein Aids für alle bis 2020“ im Weg, das nur zu erreichen ist, wenn sich so viele Menschen wie möglich auf HIV testen lassen. Es wird Zeit, das Stigma zu beenden! Es wird Zeit für einen Paradigmenwechsel. #wissenverdoppeln“

Informationen zur Demo-Route, Motto und Programm entnehmen Sie bitte unserer Website:

www.csd-berlin.de

CSD Berlin | Demonstration

*Was 1979 mit 400 Teilnehmer*innen begann, zog im vergangenen Jahr 600.000 Menschen nach Berlin. Auch in diesem Jahr rechnet der Berliner CSD mit mindestens einer halben Million Teilnehmer*innen, die die Forderungen der LSBTIQ*-Communitys auf die Straße und ins Bewusstsein der Öffentlichkeit tragen. Der 41. CSD Berlin startet am Samstag, den 27. Juli 2019 um 12:00 Uhr am Kurfürstendamm Ecke Joachimsthaler Straße. Die Berliner CSD Demo ist historisch gewachsen eine Mischung aus politischer Demonstration und ausgelassener Parade voller widerständiger, entschlossener und fröhlich-rebellischer Menschen.*